



**2015/2105(INI)**

7.4.2016

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu einer auf die Zukunft ausgerichteten innovativen Strategie für Handel und  
Investitionen  
(2015/2105(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Theresa Griffin

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Initiative der Kommission mit dem Titel „Handel für alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“; weist darauf hin, dass 90 % des Weltwirtschaftswachstums in den nächsten 10 bis 15 Jahren außerhalb der EU erzielt werden wird und dass großen aufstrebenden Volkswirtschaften dabei eine wesentliche Rolle zukommt; vertritt die Auffassung, dass Handel mit Waren und Dienstleistungen und Investitionen in diesen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind, um Wirtschaftswachstum in der EU dadurch zu fördern, dass für die Wirtschaft der EU neue Ausfuhrmärkte geöffnet werden, hochwertige Arbeitsplätze und nachhaltiges, umweltverträgliches Wachstum geschaffen werden und die Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessert wird; betont daher, dass Europa eine solide, auf die Zukunft ausgerichtete Strategie benötigt, die auf einer schlüssigen Industriepolitik, Forschung und Innovation und der Digitalen Agenda aufbaut;
2. betont, dass die Handels- und Investitionspolitik darauf ausgerichtet sein muss, Unternehmen aus der EU neue Marktzugänge zu eröffnen, damit zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen beigetragen wird, und dass diese politischen Maßnahmen so formuliert sein sollten, dass sie im Einklang mit einer Strategie für eine Reindustrialisierung stehen, die auf einem fairem Wettbewerb und Gegenseitigkeit gründet, und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Wirtschaftszweige der EU sichergestellt werden;
3. weist darauf hin, dass die Bedeutung der Dienstleistungen für den internationalen Handel zunimmt und Dienstleistungen, verarbeitendes Gewerbe und ausländische Direktinvestitionen enger miteinander verknüpft sind, da die globalen Wertschöpfungsketten immer mehr an Bedeutung gewinnen; vertritt die Auffassung, dass diese Verknüpfung in sämtlichen Handelsverhandlungen berücksichtigt werden muss, damit die Wirtschaft der EU die Vorteile uneingeschränkt nutzen kann;
4. betont die Bedeutung, die KMU und Start-up-Unternehmen – neben ihrer strategischen wirtschaftlichen Bedeutung – für Handel und Investitionen zukommt, da es in der EU über 600 000 KMU gibt, die außerhalb der EU Handel betreiben und auf die ein Drittel der Ausfuhren der EU entfällt und die über 6 Millionen Menschen beschäftigen und in denen in Europa die meisten Arbeitsplätze geschaffen werden; betont, dass Übergangszeiten wichtig sind, damit sich die Wirtschaft und KMU an die Auswirkungen von neuen Handelsabkommen anpassen können; fordert, dass KMU in künftigen Handelsabkommen systematisch besondere Kapitel gewidmet werden; fordert die Kommission auf, benutzerfreundliche Informationen über Handelsmöglichkeiten für KMU bereitzustellen und sie, unter anderem über die Strukturfonds der EU, dahingehend zu unterstützen, dass sie diese Chancen nutzen können;
5. weist darauf hin, dass die Handelspolitik ein Instrument ist, um nachhaltige Entwicklung zu fördern, unter anderem indem hohe Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards gemäß den

Übereinkommen der IAO gefördert werden, und dass diese Standards in sämtliche Handelsabkommen aufgenommen werden sollten und ihre angemessene Anwendung genau beobachtet werden sollte; begrüßt die Forderung der Kommission, bei sämtlichen Handels- und Investitionsabkommen ein ehrgeiziges und innovatives Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung zu fördern;

6. betont, dass es wichtig ist, in der EU im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe die hohen Standards in Bezug auf die Rechtsvorschriften über Gesundheit und Schutz und die Umweltstandards aufrechtzuerhalten; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Handelsabkommen diese Standards festigen und dazu beitragen, dass international gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden;
7. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass im Handel mit Drittländern die Standards der EU eingehalten werden;
8. betont die Führungsrolle der EU bei der Klimapolitik und erachtet es für entscheidend, dass die Ambitionen in diesem Zusammenhang aufrechterhalten werden; betont daher, dass es wichtig ist, Schutzmaßnahmen in Handelsabkommen aufzunehmen, die der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen vorbeugen, da eine Ablösung von effizienten EU-Verfahren durch weniger nachhaltige Systeme eine Zunahme der weltweiten Gesamtemissionen zur Folge haben könnte, was der Verwirklichung der auf der COP 21 umrissenen Ziele zuwiderlaufen würde;
9. betont, dass die Handelspartner der EU von wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen abgehalten werden müssen, zu denen auch Sozial- und Umweltdumping, insbesondere Dumpingpreise für Produkte in Europa, und protektionistische und diskriminierende Maßnahmen gehören, da sie die Standards der EU gefährden und die europäische Wirtschaft destabilisieren, und dass die EU alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen muss, um sich gegen unlautere Handelspraktiken zu verteidigen; ist in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass China der Marktwirtschaftsstatus zuerkannt werden könnte, und fordert die Kommission auf, eine detaillierte und umfassende Folgenabschätzung durchzuführen, in der die möglichen Szenarien im Zusammenhang mit einer Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China bewertet werden, und dabei insbesondere auf die Auswirkungen auf das verarbeitende Gewerbe in der EU, auf die Verbraucher, auf die Investitionspolitik und auf die Wettbewerbsfähigkeit – auch von KMU – in der EU zu achten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Ausarbeitung von wirksamen, aktualisierten Rechtsinstrumenten in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen, die es der EU ermöglichen, Praktiken vorzubeugen, die sich erheblich auf die Erholung der Industrie der EU und die Investitions-, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der EU auswirken;
10. fordert die Kommission und den Rat vor dem Hintergrund, dass sich die Lage in entscheidenden Wirtschaftszweigen wie der Stahl- und der Keramikindustrie rasch verschlechtert, nachdrücklich auf, als vorrangige Maßnahme die 2013 eingeleitete Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU voranzutreiben, um die Reaktionsfähigkeit und Wirksamkeit dieser Instrumente zu verbessern und gegen unlauteren Wettbewerb vorzugehen; betont, dass das Parlament seinen Standpunkt zu dieser Reform am 5. Februar 2014 angenommen hat (2013/0103(COD)), in dem es insbesondere gefordert hat, dass die Dauer von Antidumping-Untersuchungen unter

uneingeschränkter Einhaltung der WTO-Regeln verkürzt wird;

11. weist darauf hin, dass die Aufnahme von Antidumpingverfahren gegen chinesische Ausfuhren schwieriger würde, wenn China in der derzeitigen Lage der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt würde;
12. fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung ihrer Handels- und Investitionspolitik die Verlagerung von europäischen Produktionseinrichtungen in Drittländer zu verhindern, damit die Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedstaaten erhalten bleiben;
13. vertritt die Auffassung, dass die Kommission bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen dafür sorgen sollte, dass marktverzerrende Praktiken wie Doppelpreissysteme und Ausfuhrbeschränkungen für Rohstoffe untersagt werden;
14. weist darauf hin, dass in sämtlichen Grundmetallbranchen, die für die europäische Wirtschaft von strategischer Bedeutung sind, weltweiter Wettbewerb herrscht; vertritt die Auffassung, dass die Kommission bei der Bestimmung des jeweiligen Marktes unbedingt den Weltmarkt als Referenzmarkt ansetzen und ihre Untersuchungen nicht auf den Binnenmarkt beschränken sollte;
15. weist darauf hin, dass gemäß der von der Kommission lancierten „Investitionsoffensive für Europa“ der Kommission Investitionen in der EU gefördert werden müssen, und vertritt die Auffassung, dass unbedingt Handelsstrategien erforderlich sind, um dieses Ziel zu verwirklichen;
16. vertritt die Auffassung, dass eine auf die Zukunft ausgerichtete Handels- und Investitionspolitik erheblich zur Entwicklung des Telekommunikationsmarktes, des Urheberrechts und der digitalen Wirtschaft in Europa beiträgt und eindeutige Vorteile für die Verbraucher und Unternehmen, zu denen auch KMU gehören, in der EU mit sich bringt; betont, dass ein digitaler Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU ist; betont, dass bei der Gegenseitigkeit in Bezug auf den Marktzugang für gleiche Ausgangsbedingungen gesorgt werden muss und dass Marktteilnehmer aus Drittländern die europäischen Industrie- und Verbraucherschutzstandards einhalten müssen; fordert die Kommission auf, in künftigen Handels- und Investitionsabkommen bestehende Handelshemmnisse in der digitalen Wirtschaft anzugehen und grenzüberschreitende Datenflüsse, Datenspeicherung und den Daten- und Verbraucherschutz aufzugreifen, damit die Anpassung und das Wachstum der digitalen Wirtschaft zum Nutzen der Verbraucher fortgesetzt werden können; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass sich die derzeitigen und künftigen Handelsabkommen nicht negativ auf die Rechtsvorschriften der EU im Bereich des Datenschutzes auswirken;
17. fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass in künftigen Handelsabkommen das Recht, die bestehenden Vorschriften über geistiges Eigentum durchzusetzen, gewahrt wird, insbesondere im Bereich des Technologietransfers;
18. fordert die Kommission auf, die europäischen Forschungsstellen dazu anzuregen, aktiver mit möglichen Partnern in Drittländern zusammenzuarbeiten, um die Investitionen in Forschung und Innovationen zu optimieren und die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte zu verhindern; fordert die Kommission auf, die regionale Zusammenarbeit im

Bereich der Forschung zu verbessern;

19. betont, dass auf dem Weg hin zu einer Wirtschaft mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen die weltweiten Bemühungen, die Technologien für saubere Energieerzeugung weiterzuentwickeln, verstärkt werden müssen, und fordert daher die Kommission auf, in den Bereichen Energieforschung, Entwicklung und Innovation die Zusammenarbeit mit den Handelspartnern zu intensivieren;
20. fordert die Kommission auf, die Diversifizierung von Energielieferanten, -versorgungswegen und -quellen dadurch zu fördern, dass neue Energiehandelspartner ermittelt werden und auf regionaler Ebene zusammengearbeitet wird, sodass der Wettbewerb erhöht wird und niedrigere Preise für die europäischen Energieverbraucher bewirkt werden; betont, dass die weitere Erschließung von erneuerbaren Energiequellen und die Förderung der Energieeffizienz von entscheidender Bedeutung für die Erhöhung der Energiesicherheit und die Verringerung der Abhängigkeit von Einfuhren ist; betont, dass es wichtig ist, dass in Freihandelsabkommen Bestimmungen aufgenommen werden, die zum Ziel haben, Partnerschaften im Bereich nachhaltige Energien aufzubauen und die technische Zusammenarbeit zu verbessern, insbesondere im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz; empfiehlt, dass neue Handelsabkommen ein Kapitel über Energie und Rohstoffe enthalten;
21. begrüßt die Mitteilung der Kommission über eine EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas; vertritt die Auffassung, dass in den Entwicklungen der letzten Zeit auf dem weltweiten Erdgasmarkt eine enorme Chance für Europa liegt, die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen und einen wettbewerbsorientierteren Markt zu schaffen; fordert, dass die Vorhaben von gemeinsamem Interesse zügig abgeschlossen werden, damit die notwendige Infrastruktur vorhanden ist, um diese erhöhten Chancen im Gashandel zu nutzen;
22. betont, dass es wichtig ist, ein „dynamisches“ Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern zu erzielen, damit diesem Abkommen, über das derzeit verhandelt wird, später weitere WTO-Partner beitreten können und damit es in der Zukunft ökologische Dienstleistungen umfassen kann, sodass die europäische Branche der umweltverträglichen Technologien gefördert wird, dazu beigetragen wird, dass die 2015 im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Klima- und Energieziele verwirklicht werden, die Sicherheit der Energieversorgung in der EU gestärkt und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert wird;
23. fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung von politischen Maßnahmen im Bereich Handel und Investitionen die Gleichstellung der Geschlechter und die Gleichstellung von Schwarzen, Asiaten und Angehörigen ethnischer Minderheiten zu fördern.

**ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG  
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS**

<b>Datum der Annahme</b>	7.4.2016
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :                 48 - :                 6 0 :                 3
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Bendt Bendtsen, Xabier Benito Ziluaga, José Blanco López, David Borrelli, Reinhard Bütikofer, Jerzy Buzek, Edward Czesak, Philippe De Backer, Fredrick Federley, Theresa Griffin, Roger Helmer, Hans-Olaf Henkel, Kaja Kallas, Krišjānis Kariņš, Seán Kelly, Jeppe Kofod, Janusz Lewandowski, Paloma López Bermejo, Ernest Maragall, Edouard Martin, Nadine Morano, Angelika Niebler, Morten Helveg Petersen, Miroslav Poche, Carolina Punset, Herbert Reul, Paul Rübig, Algirdas Saudargas, Jean-Luc Schaffhauser, Neoklis Sylikiotis, Antonio Tajani, Dario Tamburrano, Patrizia Toia, Vladimir Urutchev, Kathleen Van Brempt, Martina Werner, Anna Záborská, Flavio Zanonato, Carlos Zorrinho
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Amjad Bashir, Michał Boni, Eugen Freund, Françoise Grossetête, Benedek Jávor, Jude Kirton-Darling, Werner Langen, Svetoslav Hristov Malinov, Marian-Jean Marinescu, Marisa Matias, Sorin Moisă, Clare Moody, Dominique Riquet, Massimiliano Salini, Maria Spyrali, Anneleen Van Bossuyt
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b>	Momchil Nekov, Jana Žitňanská